

# Die Heimarbeiterin.

Organ der christlichen Heimarbeiterinnen-Bewegung.

Das Blatt erscheint monatlich.  
Mitglieder erhalten es kostenlos.  
Redaktionschluß am 15. jeden  
Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.  
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W 35, Derfflingerstr. 19a.  
Fernsprecher: Amt VI, 11 881.  
Sprechstunden: werktäglich von 10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm., Sonnabends nur bis 2 Uhr nachm.

Zu beziehen durch die Haupt-  
geschäftsstelle und durch alle  
Postämter.  
Preis vierteljährlich 50 Pf.

Nummer 5.

Berlin, Mai 1910.

10. Jahrgang.

Was Gott dir gibt, das wahr' als Pfand  
Von seiner Gnad' und Treue,  
Und schling' darum der Liebe Band  
Mit jedem Tag an's' Neue.

Und was er nimmt, das laß ihm gern,  
Es ist wohl aufgehoben;  
Einst kommt die Zeit, wo du den Herrn  
Auch dafür lernest loben.

Julius Sturm.

## In memoriam.

Wenn diese Nummer in die Hände unserer Mitglieder kommt, dann läßt sich's, daß nach Gottes unerforschlichem Willen Theresie de la Croix von uns scheid. Nur in den neuen Gruppen, die unsere liebe Heimgegangene nicht kennen gelernt haben, werden die Maientage ohne Schatten sein. Ueberall sonst, wo deutsche Heimarbeiterinnen sich zusammengeschlossen haben, um im Vertrauen auf Gott und ihr gutes Recht mitzuarbeiten an einer besseren Zukunft, wird man jetzt wieder in Liebe ihrer gedenken, die für die Sache der Heimarbeiterinnen sich verzehrete. Und alle werden wieder ein Warum? zum Throne Gottes schicken, für das auf dieser Erde keine Antwort erfolgen wird. Aber wenn auch keine Antwort erfolgt, und wir uns weiter an das Wort klammern müssen, das an der Spitze der Juni-Nummer von 1909 stand, das Wort des alten Gottesmannes aus Israel: „Ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe,“ spricht der Herr, „nämlich Gedanken des Friedens und nicht des Leidens,“ so wollen wir alle doch auch danken im Rückblick. Ja — danken! Danken dafür, daß die liebe Entschlafene unser war und unsere Sache hoch gebracht hat mit all ihrer Liebe, ihrem klaren Verstande, ihrer nie ermüdenden Arbeitskraft! Wollen dafür danken, daß in der christlich-nationalen Arbeiterschaft und vor allem in unserer Heimarbeiterinnenbewegung schon jetzt ein Stück Gottesfriede in unserer von sozialen Gegensätzen zer-rissenen Zeit erschienen ist! Bei uns reichen sich nun schon ein Jahrzehnt lang die Glieder der verschiedensten Stände in treuem Miteinanderarbeiten, in ehrlichem Vertrauen, in herzlichster Zuneigung die Hand, und dazu hat kaum jemand so die Brücke geschlagen wie unsere Theresie de la Croix! Daß ihr Scheiden eine Lücke gerissen, die uns allen auch heute als unausfüllbar erscheint — um so besser! Es ist gut, daß die Arbeit eines selbstlosen Menschen nicht so verweht, wie das Blatt im Winde. Und es ist gut, daß in unserer Bewegung Treue und Dankbarkeit leben. Gerade darin zeigt sich, daß unsere Bewegung sich aus den Besten ihres Standes zusammensetzt. Undankbar-sein können nur minderwertige Menschen. Theresie de la Croix, auf deren Hügel noch kein Gedenkstein steht, hat sich den schönsten, den es gibt: treues, dankbares Gedenken! In den Herzen der deutschen Heimarbeiterinnen errichtet und wird, wenn sie jetzt Gott den Herrn noch so

ganz anders wie hier auf Erden für unsere Sache um Hilfe bittet, ihm sagen: „Herr, sie sind es wert, daß ihnen Hilfe wird, denn sie sind treu.“ — Und treu wollen wir bleiben. Treu unsern Idealen, die so oft verlästert werden, treu den Zielen, die wir uns gesteckt haben, treu im Wirken nach außen, treu in der ermüdenden und doch so notwendigen Kleinarbeit. Das wollen wir geloben, wenn unser aller Gedanken am 28. Mai den Hügel im Norden Berlins suchen, der unsere geliebte Entschlafene deckt, die treu war bis in den Tod.

Aber wir wollen noch ein anderes Wort des Dankes an ihrem Hügel nicht vergessen. Den Dank dafür, daß Gott der Herr neue opferwillige Menschen uns geschenkt hat, die mit der Treue unserer Heimgegangenen es redlich versuchen, die Lücke zu schließen, die unserer Bewegung geschlagen ward. Es ist unsere Hauptvorsitzende, die allen denen danken möchte, die mit zugefaßt haben, um zu hindern, daß die Bewegung unter dem großen Verluste Schaden litt. Die Wochen und Monde des nun vollendeten Jahres seit unserem Verbandstage erschienen mit ihren Aufgaben oft so schwer, daß es war, als sei die Bürde zu groß, die Kraft zu klein. Und doch ist es vorwärts gegangen auch in diesem Jahr. Es ist schon so:

Zu jeder neuen Last bringt der neue Tag auch neue Kraft und Hilfe. Gestern ist vorbei, morgen ist noch nicht da; wie nahe gehen nun die Bürden zusammen! Es bleibt nur die kurze Gegenwart und in ihr der stets gegenwärtige und hilfs-berete Herr!

Und der stets gegenwärtige Helfer war mit uns und half uns hindurch bis heute, wird mit uns sein in aller Zeit, bis wir hier unser Werk vollendet haben und auch eingehen dürfen in seine schöne, stille, selige Ewigkeit. Wir müssen nur treu bleiben, ihm und uns. So sagen wir denn auch in dieser Stunde des Gedenkens wie immer, wenn wir uns besinnen: Vorwärts mit Gott!

## Die zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen.

Am 3. und 4. März fand in Berlin im Architekten-hause die zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen statt. Seit der letzten Konferenz vor zwei Jahren ist auch der Gewerksverein der Heimarbeiterinnen dem Veranstalter der Versammlung, dem ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinneninteressen, beigetreten. Dieser umfaßt jetzt, nachdem auch der katholische Frauenbund seinen Beitritt erklärt hat, alle Schattierungen der Frauenbewegung, mit Ausnahme der sozialdemokratischen. Dieses harmonische Zusammenwirken verschiedener Richtungen auf neutralem Boden zum Wohle der arbeitenden Frauen betonte auch Margarete Friedenthal, die erste Vorsitzende des Ausschusses, in ihrer Begrüßungsansprache. Weglassung alles Trennenden, Förderung gemeinsamer Ziele bestimmt das Programm.

Der erste Vortrag brachte ein meisterhaftes, auf streng wissenschaftlicher Grundlage sich aufbauendes Referat von Helene Simon über „den Anteil der Frau an der deutschen Industrie nach dem Ergebnis der Berufszählung von 1907“. Die nackten Tabellen der Statistik zeigen, wie stark die Zahl der in der Industrie beschäftigten Frauen zugenommen hat, trotz der erfolgten Abnahme vom Frauenüberschuß in der Bevölkerungsziffer. 1895, wo die letzte Berufszählung stattfand, betrug die Zahl der gewerblichen Arbeiterinnen 1,5 Millionen, 1907 dagegen 2,1 Millionen. Am stärksten sind die Arbeiterinnen in der Bekleidungs- und Textilbranche vertreten. Gleichzeitig mit der Zunahme gewerblicher Arbeiterinnen sehen wir eine Abnahme gelernter Frauenarbeit und eine wachsende Inanspruchnahme verheirateter Frauen durch die Industrie von 16,5 Proz. im Jahre 1895 auf 21,3 Proz. im Jahre 1907. Je kinderreicher die Familien, je unentbehrlicher die Mutter wird, desto mehr drängt die Not des Daseins die Frau ins Erwerbsleben, wo sie eine Erhöhung des schmalen Einkommens zu erreichen sucht. Dieses Verlassen des Hauses seitens der Mutter gefährdet die Familie, und nicht genug damit: das Eindringen ungelerner, schlecht entlohnter Frauenarbeit in die Industrie bedeutet zugleich eine ernste Gefahr für den gesamten Arbeiterstand. Es ist daher sowohl im Interesse der Familie als der gesamten Volkswirtschaft dringend notwendig, Maßnahmen zu ergreifen zum Schutze und zur Hebung der Arbeiterin in Form von erhöhtem staatlichen Schutz, durch Selbsthilfe auf dem Wege der Organisation, durch fachgewerbliche und hauswirtschaftliche Ausbildung und durch Wohlfahrtseinrichtungen für Kinder.

In der Nachmittags Sitzung sprach Dr. Agnes Blum über „den Einfluß der gewerblichen Gifte auf den Organismus der Frau“. Die Referentin wies auf die großen Gefahren hin, die die Verarbeitung giftiger Stoffe der Frau und durch diese dem künftigen Geschlecht bringt. Sehr schwere Folgen sehen wir bei Fällen von Bleivergiftung, zumal für die beim Emaillieren beschäftigten Frauen. Bei Kindern von Topfglasfabriken soll die Sterblichkeit bis zum sechsten Jahre 50 Proz. betragen. Sehr gefährlich sind ferner die Vergiftungen durch Quecksilber und durch Nikotin. Bei Tabakarbeiterinnen soll die Sterblichkeit der Neugeborenen bis zu 99 Proz. sich erhöhen. In der Diskussion betonte Professor Sommerfeld, das erstrebt werden sollte, das giftige Blei durch unschädliche Stoffe zu ersetzen, was ganz leicht erreichbar wäre. Verschiedene Arbeiterinnen beteiligten sich ebenfalls an der Debatte und bestätigten aus den Erfahrungen ihres Berufes heraus die Ausführungen der Ärzte und Sozialpolitiker. Die Ansprache gipfelte in einer Resolution, die den Versuch der gewerblichen Gifte durch unschädliche Stoffe überall da, wo dies zu ermöglichen sei, verlangt. Ferner wurden weitgehende Schutzmaßregeln für besonders gefährdete Betriebe und das Verbot von Verarbeitung giftiger Stoffe in der Heimarbeit gefordert.

Am zweiten Tage der Konferenz hielt in der Vormittags Sitzung Dr. Marie Baum, die frühere badische Fabrikinspektorin, ein Referat über „den Einfluß der gewerblichen Beschäftigung auf das persönliche Leben der Frau“. Um der Arbeiterin die Entfaltung inneren Lebens, die Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu ermöglichen, müssen Einrichtungen getroffen werden, die ihr die schwere Bürde ihres Berufslebens einigermassen erleichtern. In der lebhaften Diskussion griff auch Dr. Alice Salomon ein und, anknüpfend an den Ausspruch: „Feuer entzündet Feuer“, sprach sie in ergreifenden Worten über die Pflicht aller, der Arbeiterin die Wärme erhöhten Lebens mitzuteilen.

Am Nachmittag leitete unsere Hauptvorsitzende die Verhandlungen. Das Referat hielt Frau Dr. Jassé-Richtshofen, die erste Frau, die in Deutschland das Amt einer Fabrikinspektorin bekleidet hat. Sie gab einen Ueberblick über die Entwicklung der weiblichen Gewerbe-Inspektion im Ausland und in Deutschland. In

England hat sie bereits eine weite Ausdehnung erlangt und legendenreiche Arbeit geleistet. In unserem Vaterlande war es Baden, das zuerst eine Gewerbe-Inspektorin anstellte. Seitdem ist deren Zahl auf 26 angewachsen. Die weibliche Gewerbe-Inspektion ist notwendig, um das warme, mütterliche Element sozialer Frauenarbeit der Arbeiterin zuteil werden zu lassen. Nur der Frau wird diese sich in vollem Vertrauen eröffnen. Auch die Ueberwachung des Kinderschutzgesetzes gehört zum Pflichtkreis der Fabrik-Inspektorin. Die Resolution verlangte eine Vermehrung weiblicher Inspektorinnen; neben der akademisch gebildeten Frau soll als Hilfsorgan auch die Frau aus den Reihen der Arbeiterinnen treten. Der Vortrag von Frau Dr. Jassé-Richtshofen bildete den Abschluß der Tagung. Sie hat einen einheitlichen, würdigen Verlauf genommen und brachte eine Fülle reichsten wissenschaftlichen Materials und hervorragende Arbeit in den Referaten. Auch die Diskussion war bedeutend und äußerst anregend. Es war wohlthuend, mit welchem Ernst und mit wieviel Wärme Frauen und Männer aller Berufskreise, aller Konfessionen und aller Richtungen die Sache der Arbeiterin zu der ihrigen machten und mit ihr und für sie Forderungen aufstellten, die in den Resolutionen ihren Ausdruck fanden. Weitgehender Schutz der Frau in der Arbeit, Erleichterung ihrer Bürde, damit sie freier, freudiger ihren wichtigsten Beruf als Hausfrau und Mutter ausüben kann zum Wohle der künftigen Generation unseres Volkes! Das war die Signatur des Tages, und es ist erfreulich, daß dieser erhabene Gedanke immer tiefer die gesamte Frauenbewegung erfasst, Ziel und Richtung ihrer Arbeit, ihres Strebens geworden ist.

Gräfin Pauline Montgelas.

### Vertragsausschüsse für die Heimarbeit.

Während im allgemeinen die Beratungen des Ausschusses, der im Reichstag den Entwurf des Hausarbeitgesetzes durchzuarbeiten hat, bisher leicht vorangetrieben gegangen und manche wertvolle Verbesserungen in der Kommission zur Annahme gelangt sind (z. B. die Pflicht der allgemeinen Listenführung, sowie die obligatorische Einführung von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln, Ausdehnung der Gewerbeaufsicht usw.), treten sofort die stärksten Widerstände zutage, sobald es sich um die Frage der Einwirkung auf die Lohnhöhe durch Lohnkommissionen oder Lohnämter handelt. Hier bleibt die Regierung auf ihrem starken „Umannehmbar“.

Dieser ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber kann man darauf hinweisen, daß die Regierung selbst — allerdings in einem anderen Gesetzentwurf — ein Beispiel gibt, Stellen zu schaffen zur Förderung von Vertragsabschlüssen zwischen Parteien, deren Interessen manches Mal ebenso auseinandergehen, wie die Interessen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Es sind die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen „Vertragsausschüsse“, welche das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankentassen regeln sollen. Diese Ausschüsse sollen nicht nur als Einigungsamt oder freie Schiedsinstanz in Wirklichkeit treten, wenn ein Streit zwischen Ärzten und Kasse ausgebrochen ist, sondern sie sollen bereits beim Vertragsabschluß selbst mitwirken. In einem Artikel der „Sozialen Praxis“ vom 24. März 1910 wird darauf hingewiesen, wieviel ähnliche Züge zwischen den für die Heimarbeit erstrebten Lohnkommissionen und den in der Reichsversicherungsordnung vorgesehenen „Vertragsausschüssen“ bestehen. Auch die Lohnkommissionen sollen dazu dienen, den Vertragsabschluß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern und eine einheitliche Lohnbasis für bestimmte Gewerbe oder Gegenden zu schaffen.

Bei der Bewegung, auch in Deutschland für die am schlechtest entlohnten Schichten der Hausarbeiter Mindestlohnregelungen unter behördlicher Mitwirkung zu erzielen, ist von den Freunden dieser Bestrebungen das Wort „Lohnämter“ angewandt worden, in einer vielleicht etwas zu wörtlichen Uebersetzung des englischen Ausdrucks: wages boards. Dieses bloße Wort „Lohnamt“ wirkt aber auf manche Kreise so abschreckend, daß sie darüber von einer genaueren Prüfung dessen, was diese Lohnämter eigentlich bezwecken und wie sie zusammengefaßt sein sollen, ganz absehen. Man denkt an „amtliche“ Lohnfestsetzungen vom grünen Tisch aus ohne Berücksichtigung der Praxis, an eine Art mittelalterlichen Justizzwanges und ähnliches mehr. Die Freunde der Hausarbeiterbewegung, welche

als Kernpunkt der ganzen Frage die Lohnregelung ansehen, würden sicherlich gern das furchterregende Wort „Lohnamt“ opfern, wenn nur der Sinn ihrer Anträge gerettet wird. Sie streben auch als ersten Schritt nichts weiter an, als „Vertragsausschüsse“ für die Heimarbeit, die aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern gebildet werden, und in denen aus der Praxis heraus die Lohnsaktionen aufgestellt werden.

In denjenigen Gewerben, in welchen es bereits zu Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Arbeitnehmerverbänden gekommen ist, sind derartige Vertragsausschüsse in der Form der Tarifämter, oder wie man sie sonst nennen mag, vollständig eingebürgert. Etwas Neues würden sie allerdings für die Hausarbeiter bedeuten, da diese in der Mehrzahl wirtschaftlich nicht stark genug sind, um sich durch ihre Berufsorganisation einen Träger für die freie Tarifbewegung zu schaffen. Hier sollte nun das Gesetz dem wirtschaftlich Schwachen die helfende Hand reichen und ihm ermöglichend, gleichfalls zu Tarifabschlüssen mit den Arbeitgebern zu kommen, indem durch den Bundesrat oder die Landeszentralbehörden „Vertragsausschüsse“ vorgeschrieben werden für solche Gebiete oder Gewerbebezüge, in denen besondere Mißstände hinsichtlich der Lohnfrage bestehen.

Um den amtlichen Anstrich möglichst zu vermeiden, könnte es diesen paritätisch zusammengesetzten Vertragsausschüssen sogar überlassen bleiben, sich den Vorsitzenden selbst zu wählen, und nur, wo sich die Parteien über die Person des Vorsitzenden nicht einigen, sollte ein unparteiischer Vorsitzender von Amts wegen bestellt werden, etwa der Gewerbeaufsichtsbeamte des Bezirks, der Vorsitzende des Gewerbegerichts oder auch ein Beamter des Kreis- oder Kommunalverbandes. In der sozialpolitischen Gesetzgebung sind derartige paritätisch zusammengesetzte Körperschaften ja bereits in weitestem Maße vorgekommen. Es sei nur erinnert an die Verwaltungen und Schiedsgerichte im Reichsversicherungswesen, an die Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte, ebenso ist der Gesekentwurf betr. die Arbeitskammern ja auf dem Gedanken des paritätischen Zusammenarbeitens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebaut.

Die Gefahr, daß derartig zusammengesetzte Vertragsausschüsse für die Hausarbeit Mindestlöhne festlegen, welche die Entwicklung der Industrie gefährden — dies ist ein Haupteinwand der Gegner der gesetzlich angeordneten Lohnregelung — erscheint völlig ausgeschlossen, denn es sind eben Männer und Frauen der Praxis, die in den Vertragsausschüssen zur Beratung über die Lohnfrage zusammengeführt werden, und Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sind gemeinsam stark daran beteiligt, ob ihre Industrie blüht oder gefährdet ist. Wohl aber ist anzunehmen, daß mit der Zeit gerade „gute“ Arbeitgeber die Vertragsausschüsse mit Freude begrüßen werden, weil die dort vereinbarten Löhne einen Schutzwall bilden gegen die jede Industrie am meisten gefährdende „Schmutzkonkurrenz“.

Als die Regierung in der Reichsversicherungsordnung die Vertragsausschüsse zur Regelung des Verhältnisses zwischen Ärzten und Krankenassen vorschlag, tat sie dies wohl mit aus dem Gedanken heraus, daß die leider häufig genug vorkommenden Zwistigkeiten zwischen Ärzten und Kassen infolge der daraus entstehenden Schädigung der Kranken eine öffentliche Gefahr bedeuten. Aber auch die Hungerlöhne in der Heimarbeit bedeuten eine öffentliche Gefahr, — die Gefahr der körperlichen und geistigen Verkümmern der Volksschicht, die zu solchen niedrigen Löhnen arbeiten müssen! Die Gesetzgebung, zu deren Aufgabe es doch gehört, öffentliche Gefahren einzudämmen, würde deshalb nur folgerichtig handeln, wenn sie für die Heimarbeit Vertragsausschüsse vorschläge, deren Aufgabe es sein würde, den am Mark des Volkes zehenden Hungerlöhnen entgegenzuarbeiten.

Else Lüders.

### Soziale Rundschau.

#### Lebt und die Toten ehren!

Am 2. April starb in Dietelsfeld **Friedrich von Bodelschwingh**, ein Sozialpolitiker der christlichen Liebe, den tausende als „Vater Bodelschwingh“ liebten und ehrten. Sein ganzes Leben war Liebe, ein unermüdliches Wirken für andere, wobei „die Brüder von der Landstraße“ seinen Herzen gerade so nahestanden wie die Brüder in den höchsten Lebensstellungen. Die Anstalten, die er für Epileptische, Sieche und Kranke jeder Art geschaffen, die Arbeiterkolonien, die er ins Leben gerufen, — sie werden seinen Namen für alle Zeit unvergessen machen. Manch

liebes Mal hat er in seinen warmen Ansprachen auch der Heimarbeiterinnen gedacht, und ihre Organisation ist ihm, wie überhaupt die junge christlich-nationale Arbeiterbewegung, eine Herzensfreude gewesen. Parteimann war er nicht, nur Mann der Tat, die aus der Liebe entspringt, die alle umfassen möchte. So findet sein Heimgang denn auch in den Blättern aller Richtungen herzliche Teilnahme, seine Art christliche Würdigung. Der „Berliner Börsen-Courier“ schreibt z. B. folgendes über ihn:

„Pastor Friedrich v. Bodelschwingh sah in jedem Menschen, mochte er sein, wer er wollte, nur den Menschen. Einen Minister nannte er so gut „du“ und „lieber Bruder“, wie einen seiner Pflegebefohlenen, und achtete ihn nicht nach Rang und Stand, sondern nur als Mitmenschen. Konnte er ihm raten und helfen, dann war er sofort an seiner Seite. Dabei war diese Nächstenliebe gepaart mit einer Schlichtheit und Natürlichkeit, daß ihre Wahrhaftigkeit und Selbstlosigkeit strahlend hervortrat. Ein Mann von weitausschauendem Blick für das, was Not und Elend war, und wo es zu helfen galt, aber dabei ein naiv kindliches Gemüt, das in seinem Gottesglauben sich keinerlei Bedenken über praktische Schwierigkeiten hingab, z. B. der Geldbeschaffung für die Liebeswerke, die er schuf, und der denn auch immer wieder offene Türen und bereite Hände fand, um die notwendigen Geldmittel zu beschaffen. Bodelschwingh hat ja auch einmal kurz eine politische Rolle gespielt, als man ihn in den Landtag wählte. Wie er kirchlich konservativ dachte, so gehörte er da auch der konservativen Fraktion an. Aber er war in ihr eine Fraktion für sich. Ein Original in seinen Landtagsreden wie in seiner ganzen Persönlichkeit und alles, nur kein Bannerträger der offiziellen konservativen Politik. Er wird deshalb auch im Gedächtnis der Nachwelt nicht als Politiker fortleben, auch nicht als Sozialpolitiker, denn auch da war er mehr Mann der sozialen Fürsorge im Sinne der Inneren Mission. Aber er wird in seinen Werken fortleben, auch wenn diese nach seinem Tode manche modernen Verbesserungen und Änderungen erfahren müssen. Und auch wer nicht mit ihm auf demselben religiösen Glaubensgrund steht, wird ihn im Gedächtnis behalten als ein leuchtendes Vorbild dafür, wie Nächstenliebe in einem Menschen Gestalt gewinnen kann, so daß sie all sein Tun und Lassen beherrscht im Dienst der leidenden Menschheit.“

Am 8. April folgte ihm in Berlin der Wirkl. Geh. Ob.-Reg.-Rat **Julius Post** in die Ewigkeit nach. Seine langjährige Wirksamkeit als Leiter der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen, die unter ihm erst aufgefunden, festen Boden gelangten, sichern ihm bei allen Sozialreformern und in der deutschen Arbeiterschaft ein bleibendes Gedächtnis. Kein Wunder ist's, daß eine Tochter dieses Mannes schon seit Jahren in unserer Heimarbeiterinnenbewegung mitarbeitend tätig ist.

**Der Kampf im Baugewerbe.** Seit dem 15. April sind tausende deutscher Bauarbeiter durch das unersöhnliche Verhalten des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe brotlos gemacht, über ungezählte Familien im deutschen Vaterlande schwere Not heringebrochen, ohne daß ein berechtigter Grund dafür vorliegt. Die Tarifverträge von 1907 waren am 31. März d. J. abgelassen, und von den Unternehmern wurde nun den Arbeitern ein einseitig aufgesetzter neuer Tarifvertrag vorgelegt, bei dessen Nichtannahme ohne weiteres mit Aussperrung gedroht wurde. Erfreulicherweise versuchte die Regierung durch Entsendung eines Vermittlers die drohende Schädigung des Wirtschaftslebens zu hindern. Aber — die Verhandlungen im Reichsamt des Innern am 8. April scheiterten, wie die Arbeitgeber in der Öffentlichkeit bekannzugeben, „weil die Vertreter der Arbeiterorganisationen auch hier keinerlei Entgegenkommen zeigten.“ Das berührt jeden Wissenden wunderbar, haben doch die Arbeiterorganisationen hierbei gar keine Lohnforderungen gestellt, sondern nur verschiedene, in dem Vertrage der Arbeitgeber einseitig geforderten Bedingungen, die eine grundsätzliche Beseitigung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter bedeuten, ablehnen müssen, wenn sie sich nicht völlig selbst unterwerfen hätten werden wollen. Ein ganz eigenes Licht auf das Verhalten der Arbeitgeber wirft aber fol-

gende Beurteilung der Verhandlungen, die in nicht-öffentlicher Sitzung aus Arbeitgebermunde geschah und jetzt durch die gesamte Presse die Kunde macht. Danach wurde dort folgendermaßen über die Einigungsverhandlungen berichtet:

„Wir haben bei den Verhandlungen am 8. April unter dem Vorhinein des Regierungsvertreters die Frage der Arbeitszeit und unsern Kölner Beschluß dazu nur darum in den Vorbergrund geschoben, um eine Klippe zu haben, an der die Verhandlungen scheitern mußten. Das ist uns auch glücklich gelungen!“

Was sagt die öffentliche Meinung zu dieser Art Verhandlungsführung? Wo will das hinaus? Soll wirklich in einem Lande, wo offiziell „Jedem das Seine“ werden soll, Macht vor Recht gehen? Soll die größere wirtschaftliche Macht, die auf Seiten der Arbeitgeber ist, ungehindert benutzt werden dürfen, um über hunderttausende arbeitsbereite, tüchtige Männer und ihre Familien Wochen schwerster Not zu verhängen? Darf eine kleine Interessentengruppe so handeln, ohne daß die gesamte Öffentlichkeit sich dagegen erhebt und der Regierung den Rücken stärkt, der das Recht gegeben werden muß, es zu verhindern, daß nur um des Machtpunktes willen Millionen von Nationalvermögen verloren gehen? Wahrscheinlich, es handelt sich hier nicht mehr um rein privatwirtschaftliche Fragen, sondern große staatspolitische und volkswirtschaftliche Interessen sind in Gefahr! Mögen, alle, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, unbeschadet um Parteistellung, ihre Stimme erheben, laut und öffentlich, und verlangen, daß dieser gemeingefährlichen Art, wirtschaftliche Fragen auf die Spitze zu treiben, endlich ein Ziel gesetzt werde!

Den ausgesperrten Bauarbeitern und ihren Frauen und Kindern aber werde jede nur irgend mögliche Hilfe von Seiten des Staates, der Gemeinden und des Einzelnen zuteil, damit dieser ungerecht herausgeschworene Kampf baldigst beendet und unserem Vaterlande eine erneute und noch dazu völlig überflüssige wirtschaftliche Erschütterung erspart bleibe!

Ueber die **obligatorischen Arbeiterausschüsse**, die nach den Beschlüssen der Reichstagskommission eingeführt werden sollen, hat sich die Handelskammer zu Bielefeld wie folgt geäußert: „Muß man auch der Ansicht sein, daß die Arbeiterausschüsse in Streitfällen sich häufig nicht bewährt haben, weil sie die Arbeiterschaft bei den Verhandlungen mit der Betriebsleitung nicht hinter sich hatten, so ist doch in ihnen grundsätzlich eine zweckmäßige Einrichtung zu erkennen, die sehr wohl vermittelnd und während das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beeinflussen kann. Ausnahmen für die Einführung sind in der Arbeiterausschüsse sind zuzulassen für die Hausindustrie. In die Bestimmungen über die Einrichtung von Arbeiterausschüssen sind besondere Anordnungen über die Bildung des Ausschusses aufzunehmen. In diesen Anordnungen muß zum Ausdruck gebracht werden, daß streikende Arbeiter während des Streiks dem Ausschusse nicht angehören dürfen.“ — Wenn diesen Gesichtspunkten Rechnung getragen werde, erklärte die Kammer ihre Zustimmung zur Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse.

**Die staatliche Anerkennung des Tarifvertrages in Dänemark.** In Dänemark ist jetzt vom Verkehrsminister für die staatlichen Verkehrsbetriebe die Anerkennung der Tarifverträge zugestanden worden. Da sich gezeigt hat, daß manche Arbeitgeber, die für staatliche Betriebe arbeiten ausführen, außergewöhnlich niedrige Löhne bezahlen, hat der Verkehrsminister angeordnet, daß künftig in alle Lieferungsverträge, die von den Verkehrsbehörden abgeschlossen werden, die Bestimmung aufgenommen wird, nach der sich die Lieferanten verpflichten müssen, die bei ihnen beschäftigten Arbeiter nach Löhnen zu bezahlen, die in den Tarifverträgen festgelegt sind.

Der Entwurf eines Reichs-Zuwachsteuergesetzes ist vom Reichskanzler nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats am 11. April dem Deutschen Reichstage vorgelegt

worden (Drucksache Nr. 374). Die „Bodenreform“ schreibt dazu folgendes:

„Mit dieser Tat hat der neue Reichsschatzsekretär Wertmuth die Hoffnungen erfüllt, die die ehrlichen Freunde unseres Volkes auf ihn gesetzt haben.“

Der Entwurf selbst ist in seinen Grundzügen gut!

Jetzt liegt die Entscheidung im Reichstag. Der Partei-Lampj in unserm Volke hat sich in den letzten Jahren außerordentlich verschärft. Wer Gelegenheit hat, führenden Menschen aus den verschiedensten Lagern nahezutreten, muß erschrecken über die Entfremdung, über das Maß von Bitterkeit und Misstrauen, das sich in unserm Volke aufgehäuft hat.

Die Reichs-Zuwachsteuer ist, wie alle Forderungen unserer Wahrheit, niemals eine einseitige Parteiforderung gewesen. Hier gibt es nur eine Trennungslinie: Freunde der ehrlichen deutschen Arbeit und Viehten des Bodenvuchers und der Terrainspekulation!

Das deutsche Volk kann und wird die Vorgänge bei der Beratung und Verabschiedung dieses Gesetzes mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen. Hier kann kein Parteischlagwort blenden; hier heißt es einfach und klar seine Stellung zu wählen.

Auch für die deutschen Gemeinden bedeutet diese Zuwachsteuer eine Hilfe in schwerer Zeit finanzieller Bedrängnis. Ihnen sollen 40 Prozent (den Einzelstaaten 10 Prozent, dem Reiche 50 Prozent) des Ertrages überwiesen werden.

Von 56 000 deutschen Gemeinden haben also mindestens 55 500 einen direkten Gewinn durch dieses Gesetz, der allen Gemeindebeamten und auch den Gewerbetreibenden und Einkommensteuerverpflichtigen zugute kommen wird. Und auch die wenigen hundert Gemeinden, die bereits eine Zuwachsteuer haben, werden in den 40 Prozent Anteil einer guten Reichs-Zuwachsteuer mehr Einnahme gewinnen, als durch Ordnungen, die durch den Einfluß der Terrain-Interessenten sehr oft so gut wie finanziell unwirksam gemacht worden sind.

Wir sind sicher, daß in dieser entscheidenden Stunde die große Mehrheit der deutschen Volkvertreter aus allen Parteilagern jeden Versuch der Verwirrung, Verdunkelung und Verschleppung vereiteln und entschlossen für die baldige Durchführung einer guten, klaren Reichs-Zuwachsteuer eintreten wird.“

Auch die Heimarbeiterinnen begrüßen freudig die Einbringung dieses Gesetzes, erhoffen sie doch von der Verminderung des Bodenvuchers allmähliche Verbilligung der Wohnungsmieten und damit die Möglichkeit, ihre Arbeit, die viel angefeindete Heimarbeit, in gesünderen Räumen verrichten zu können zum Segen für ihre eigene Gesundheit und — die Gesundheit des tausenden Publikums!

**Die Reichsversicherungsordnung** liegt zur Zeit dem Reichstage zur Beratung in erster Lesung vor. Der Entwurf bringt zwar die Einbeziehung der „Hausarbeiter“ in die Krankenversicherung, überweist sie aber im allgemeinen den Landtraktanten, die mit ihrer mangelnden Selbstverwaltung und den soviel geringeren Leistungen keineswegs den Wünschen der Heimarbeiterinnen entsprechen. Auch die nicht vorgesehene Ausdehnung der Invalidenversicherung auf die Hausarbeiterchaft ist eine bittere Enttäuschung für uns, von so und so vielen kleineren Mängeln des Entwurfs zu schweigen. Immerhin ist das Ganze der erste Schritt zur reichsgesetzlichen Regelung der Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden, und so begrüßen wir den Entwurf mit dem dringenden Wunsche, daß er durch die Arbeit der Kommission, an die er überwiesen werden wird, eine Gestalt gewinnen möge, die das lange Warten und Hoffen der Heimarbeiterinnen voll befriedigen möge.

Dem Hausarbeitergesetz, das bisher in der Kommission so manche erfreuliche Verbesserung erfuhr, erstehen scharfe Gegner seitens des Bundes der Industriellen und verschiedener Handelskammern. Da können wir uns nur den Schmied von Ruhla erneut zum Vorbild nehmen und immer wieder rufen: „Reichstag und Regierung, werdet hart!“

**Erhöhung der Diensthilfsversicherung.** Die Landesversicherungsanstalt Berlin gibt darüber folgendes bekannt: Durch Erlass des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg sind die ortsüblichen Tagelöhne gewöhnlicher Tagelöhner für den Stadtkreis Berlin vom 1. April 1910 ab wie folgt festgesetzt: Für erwachsene männliche

Personen über 16 Jahre auf 3,60 M und für erwachsene weibliche Personen über 16 Jahre auf 2,20 M. Demgemäß sind für die weiblichen Personen, die der Invaliditätsversicherungspflicht unterliegen und einer Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- oder Innungskasse nicht angehören, wie z. B. weibliche Dienstmädchen, Aufwärtinnen, Reinmädchen und Hausreinigerinnen, vom 1. April 1910 ab Beitragsmarken 3. Lohnklasse zu 24 Pf., statt bisher 2. Klasse zu 20 Pf., zu verwenden. Bei den männlichen Personen bleibt es bei der bisherigen Markenverwendung.

**Einen Erfolg für die christlich-nationale Arbeiterbewegung** bedeuten die kürzlich abgeschlossenen Vertreterwahlen für die Invaliden- und Unfallversicherung im Bereich der Versicherungsanstalt Rheinland. Es handelt sich um die Wahl der Vertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden, der Mitglieder zum Ausschuss und zum Vorstand der Versicherungsanstalt, sowie der Beisitzer an den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Zum drittenmal waren diese Wahlen zu tätigen. Die Wahlperiode ist eine fünfjährige, sie war am 31. Dezember 1909 für die bisherigen Vertreter abgelaufen. Die christliche Arbeiterbewegung hat sich jetzt erstmals allgemein und systematisch an diesen Wahlen beteiligt. Die Wahl der Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden war von den Krankenkassenvorständen vorzunehmen, sowie von den Kreisauerschüssen und Stadtbehörden. Die beiden letzteren üben das Wahlrecht für solche Invalidenversicherte, die der Krankenkassenversicherung nicht angehören. Zu wählen waren in der Zeit vom 1. Oktober bis 15. November 1909 für 128 untere Verwaltungsbehörden je vier, also 512 Vertreter der Versicherten. Davon haben die christlich-organisierten Arbeiter 173, also ein Drittel der Vertreter, erhalten, die Sozialdemokraten 75, die Hirsch-Dunderschen 10, die übrigen Vertreter sind nicht organisiert. Es haben also die christlichen Organisationen nahezu zweieinhalbfach soviel Vertreter erhalten wie die Sozialdemokraten. Von den 20 Ausschussmitgliedern, welche aus den Reihen der Versicherten von den Vertretern bei der unteren Verwaltungsbehörde zu wählen waren, sind acht auf die Liste der christlichen Organisationen entfallen. Vier weitere der Gewählten stehen gleichfalls auf dem Boden der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Damit hat dieselbe auch im Ausschusse der Versicherungsanstalt Rheinprovinz die Mehrheit. Am 3. März hatte der Ausschuss die Wahl der zwei nichtbeamteten Vorstandsmitglieder und die Wahl der Schiedsgerichtsbeisitzer vorzunehmen. Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: Arbeiterssekretär und Reichstagsabgeordneter Giesberts und Arbeiterssekretär Nebel (Elberfeld). Von den 488 Beisitzern an den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung entfallen auf die Schiedsgerichte Aachen 65, Düsseldorf 195, Koblenz 59, Köln 85, Trier 60, Sigmaringen 24. Außer für Koblenz und Sigmaringen hatten die christlichen Arbeiter besondere Listen aufgestellt. Diese sind denn auch, mit Ausnahme einiger Beisitzer, die den Sozialdemokraten auf speziellen Wunsch konzediert wurden, sämtlich gewählt worden, so daß von den 488 Beisitzern etwa 380 auf die Liste der christlich-nationalen Arbeiterbewegung entfallen. Der Erfolg dieser Wahlen zeigt deutlich, welche breiten Boden die christlich-nationale Arbeiterbewegung in der Arbeiter-schaft Rheinlands hat, und ist um so höher zu bewerten, als namentlich von sozialdemokratischer Seite mit Hochdruck bei diesen Wahlen gearbeitet wurde.

**Aus anderen Verbänden.**

**Der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands** veröffentlicht in seinem Verbandsorgan „Der Deutsche Metallarbeiter“ den Kassenbericht über das Jahr 1909. Das Vermögen des Verbandes beträgt jetzt 891 237,03 M. Bei der Hauptkasse ist der Vermögensbestand im Jahre 1909 um 182 441,89 M gestiegen, während beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ein Rückgang von 109 342,26 M zu verzeichnen war. Der christliche Metallarbeiterverband hatte eine Gesamteinnahme von 675 931,87 M gegen 674 274,87 M in 1908. Ausgaben standen demgegenüber in Höhe von 537 641,25 M gegen

546 661,49 M im vorhergehenden Jahre. An Erwerbslosenunterstützung wurden ausbezahlt: 131 390,06 M bei Krankheit und 54 874,78 M bei Arbeitslosigkeit. Die Streit- und Maßregelungsunterstützung war im Jahre 1909 infolge der Krise nicht erheblich, sie betrug 33 185,01 M. Auf die übrigen Unterstützungen, wie Reise-, Umzug-, Rechtsschutz-, Notfall- und Sterbegeld entfallen 19 908,60 M. Wenn in Erwägung gezogen wird, daß die wirtschaftliche Krise im Jahre 1909 noch sehr auf das gewerkschaftliche Leben einwirkte, so kann der christliche Metallarbeiterverband mit der Entwicklung seiner finanziellen Verhältnisse wohl zufrieden sein. Pro Kopf der 24 002 Mitglieder des Verbandes sind in der Hauptkasse 35,11 M vorhanden, gegenüber dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband mit 8,74 M also mehr als vierfache. Eine Organisation, die auf so gesunde Kassenverhältnisse sich stützen kann, wie der christliche Metallarbeiterverband, bietet ihren Mitgliedern im Wirtschaftsleben einen sicheren Ort.

**Der christliche Holzarbeiterverband**, der im Jahre 1899 erst 750 Mitglieder zählte und eine Gesamteinnahme von 773 M verzeichnete, hat im Jahre 1909 mit 11 312 Mitgliedern die bisher höchste Mitgliederzahl überschritten und eine Gesamteinnahme von 320 000 M gehabt. Damit hat diese christliche Gewerkschaft den im Jahre 1908 eingetretenen Rückgang wettgemacht. Von den Einnahmen entfielen 295 000 M auf die regelmäßigen Wochenbeiträge. Verausgabt wurden 265 000 M, so daß der Uberschuß 54 000 M betrug und das Vermögen am Jahresabschluss auf 315 000 M bezifferte. Von den Ausgaben entfielen 74 000 M auf Streikunterstützung, 32 000 M auf Arbeitslosen- und 7000 M auf Reiseunterstützung, während für Krankenunterstützung 34 000 M verausgabt wurden. Die Agitation erforderte einen Aufwand von 25 000 M. Der Tarifabschluß mit den Arbeitgebern des Baugewerbes brachte Erhöhung der Stundenlöhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Einer Ortsgruppe des Verbandes wurden Gespößtörbe seitens des bayerischen und preussischen Kriegsministeriums in Auftrag gegeben — ein Vorgehen, das uns wärmste zu begrüßen ist.

**Ein Arbeitgeberverband für Auszubildende.** Der Verband der Arbeitgeber für das Schneidergewerbe in Fürth veröffentlichte in der dortigen Presse einen Aufruf an das kaufende Publikum, der das soziale Gewissen der Kundschaft anregen will. Im Schneidergewerbe häufen sich in einzelnen Monaten die Aufträge übermäßig, während in anderen der Arbeitsmangel kaum die ununterbrochene Beschäftigung der Gehilfen gestattet. Mit Hinweis auf diese Verhältnisse erbittet der Arbeitgeberverband „aus sozialen Gründen wie auch im Interesse der Kundschaft“ möglichst viele Aufträge für die geschäftlich stillen Monate Februar und März. Es wäre erfreulich, wenn Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in dieser Richtung zusammen mit dem heussischen Käuferbunde überall eine systematische Erziehungsarbeit verühten.

**Der Deutsche Käuferbund** versendet seinen 3. Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß sich Ortsgruppen in Freiburg i. Br., Leipzig, Frankfurt a. M. gebildet haben und daß die Bildung weiterer Ortsgruppen in Halle a. S., Königsberg i. Pr. und Wiesbaden eingeleitet ist. Auf einige wichtige Erfolge seiner Bestrebungen, die er gemeinsam mit den beteiligten Berufsvereinen verfolgte, kann der Bund im letzten Jahre zurückblicken: so in Berlin die Einführung des 8-Uhr-Ladenschlusses, das Verbot des Straßenhandels der Kinder vor Weihnachten, Verminderung der „Ausnahmetage“ vom früheren Ladenschluß für 1910. Der Käuferbund unterstützte ferner die Bestrebungen auf Erweiterung der Sonntagsruhe für Bäder und Konditoren; ebenso ist er in einer Kommission vertreten, welche auf Anregung des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte gegen die oft zu schwerer Schädigung der Geschäftswelt führenden Lombolen auf Wohltätigkeitsfesten arbeiten will. Aus der Tätigkeit der zum Teil allerdings erst seit kurzem bestehenden Ortsgruppen erscheint namentlich die Veröffentlichung von „10 Geboten für Weihnachtseinkäufe“ durch die Freiburger Ortsgruppe nachahmenswert. Im Vorstand des Hauptvereins ist eine Veränderung infolgedessen eingetreten, als die frühere Vorsitzende, Frau v. Bethmann Hollweg, das Ehrenpräsidium übernahm, während Frau Staatssekretär Bernuth an ihre Stelle als Vorsitzende trat. — Auffallendes Material über die Bestrebungen des Käuferbundes wird auf Wunsch kostenlos verhandelt durch die Geschäftsstelle Friedenau-Berlin, Rubensstr. 22.

**Die Vittoria-Fortbildungsschule in Berlin** veranstaltet wieder Berufskurse, die für die Töchter unserer Mitglieder um so mehr empfohlen werden können, als auch sie — nicht nur die Mitglieder selbst — an der dem Gewerksverein eingeräumten Vergünstigung von 33 1/3 Prozent des Schulgeldes Anteil haben. Die Bedingungen in den drei Kurzen sind folgende:

**Berufskursus für Schneiderei.**

Hand- und Maschinennähen, praktisches Schneidern; Schnittmusterzeichnen, Kostümzeichnen, Fußmachen; Maschinenkunde, Stofflehre; gewerbliche Buchführung; Plätten.

- Schulgeld: 1. Halbjahr = M. 40 (30\*)
- 2. " = M. 30 (20)
- 3. " = M. 20 (10)

Das Schulgeld ist vierteljährlich im voraus zu entrichten. Gebühr für Benutzung d. Nähmaschine 3 M. vierteljährlich.

**Berufskursus für Wäscheanfertigung.**

Hand- und Maschinennähen, praktische Wäscheanfertigung; Schnittmusterzeichnen, fachgewerbliches Zeichnen; Maschinenkunde, Stofflehre; gewerbliche Buchführung; Plätten.

- Schulgeld: 1. Halbjahr = M. 40 (30)
- 2. " = M. 30 (20)
- 3. " = M. 20 (10)

Das Schulgeld ist vierteljährlich im voraus zu entrichten. Gebühr für Benutzung d. Nähmaschine 3 M. vierteljährlich.

**Berufskursus für Fußmachen.**

Handnähen, praktisches Fußmachen, Kunsthandarbeit; fachgewerbliches Zeichnen, gewerbliche Buchführung.

- Schulgeld: 1. Halbjahr = M. 30 (20)
- 2. " = M. 20 (15,50)

Das Schulgeld ist vierteljährlich im voraus zu entrichten.

Für die Schülerinnen aller Berufskurse: Deutsch, Rechnen, Gesundheitslehre, Kochen; Turnen, Gesang.

Für die Schülerinnen aller Berufskurse: nach vollständiger Ausbildung kostenlose Stellenvermittlung.

\*) Die eingeklammerten Zahlen sind die Preise, die unsere Mitglieder zu zahlen haben.

**Aus unserer Bewegung.**

**Hauptvorstandssitzung.** In der am 14. April tagenden Sitzung des Hauptvorstandes wurde über den augenblicklichen Stand der Gesetzgebung verhandelt und beschlossen, nach der zweiten Lesung des Hausarbeitgesetzes in der Kommission eine Resolution über Eingabe vom Hauptvorstande zu verfassen und allen Gruppen zur Annahme und Veröffentlichung zugehen zu lassen. Unsere endgültige Stellungnahme zur Reichsversicherungsordnung wird auf den Herbst verschoben. Die in der Sitzung der Gesellschaft für soziale Reform von unserer Hauptvorsitzenden eingenommene Stellung bezüglich der Wünsche der organisierten Arbeiterklasse zur Reichsversicherungsordnung wird gutgeheißen. Fr. Behm macht verschiedene Vorschläge für die weitere Ausgestaltung unseres Programms. Erteilt wird von der Exekutive, unser Ehrenzeichen mit dem Bildnis der Kaiserin anfertigen lassen zu dürfen, Kenntnis genommen. Wieder hat eine Gruppe eine kleine Summe für das Altersheim überweisen, was zur Racheiferung empfohlen wird. Neue Gruppengründungen aus Rothmann und Kalt werden gemeldet, Wilmersdorf soll demnächst in Angriff genommen werden, so daß wir mit guten Hoffnungen auf die Weiterentwicklung unseres Gewerkevereins in den Sommer gehen können.

**Gauverband Groß-Berlin.** Den Mitgliedern der Gruppen Berlins zur Nachricht, daß die Firma Lentz uns mitgeteilt hat, daß sich diejenigen, die eine Nähmaschine kaufen wollen, stets nach dem Hauptgeschäft: Kronenstr. 57, bemühen möchten. Nur dort tritt der uns bewilligte Rabatt von 15 Prozent bei Abzahlung, 30 Prozent bei Barzahlung in Kraft. Die Firma muß ihren Filialleitern Provisionen zahlen, kann also unseren Mitgliedern, wenn sie die Maschine in einer der Filialen entnehmen, keine Vergünstigung gewähren.

**Gauverband Sachsen-Thüringen.** Am 5. März fand in Halle a. d. S. eine Gau-sitzung in Anwesenheit von Fräulein Behm und Fräulein Wolff aus Berlin und außerordentlichen Mitgliedern aus verschiedenen Ortsgruppen des Gaus statt. Da die bisherige Gau-sekretärin, Fr. Schröder, ihr Amt zum 1. April niederlegt, um einem Rufe nach Berlin als Gewerbeassistentin zu folgen, handelte es sich darum, eine Nachfolgerin zu finden. Längst hatte man erkannt, daß es unzweckmäßig sei, eine Beamtin für einen ganzen Bezirk anzustellen, da ihre Arbeit sich fast nur auf den Ort erstrecken kann, in welchem sie ihren Wohnsitz hat. In Halle sei die sofortige Anstellung einer neuen Sekretärin dringend notwendig, da die von Fräulein Schröder begonnenen Arbeiten weitergeführt werden müßten. Zur Ausbildung einer Beamtin wurde ein volkswirtschaftlicher Kursus in M. Gladbach als geeignet befunden. Fräulein Behm legte großen Wert auf ein mehrwöchiges Arbeiten auf der Hauptgeschäftsstelle in Berlin. Neue Werbeblätter wurden verteilt, die allen Gruppen als Muster dienen sollen, aber von diesen ihren Ortsverhältnissen entsprechend ergänzt werden können. Auch Flugblätter anderer Städte (München, Königsberg, Leipzig,

Halle) wurden vorgelegt und mit Interesse untereinander verglichen. Nachdem Fräulein Behm ein anschauliches Bild von der Lage der Spitzenindustrie in Berlin entrollt hatte, sprach sie ausführlich über den Stand der Hausarbeitgesetzgebung. An der Hand unseres Programms trug sie das bis jetzt Erreichte vor, um dann die vom Hauptvorstand aufgestellten Verbesserungsvorschläge durchzusprechen. Habe man vorläufig auf diesem Gebiete nur teilweise Erfolge zu verzeichnen, so seien doch die Wege immer mehr geebnet worden, so daß man jetzt der Hoffnung auf allmähliche Erfüllung unserer Wünsche Raum geben könnte. Die erste Vorsitzende aus Leipzig berichtete dann noch sehr anregend von einem dort abgehaltenen Ausbesserkursus, verbunden mit einer Ausstellung.

**Berlin-Nordost.** Nach langer Zeit läßt unsere Gruppe wieder etwas von sich hören. Seit dem Tode Fräulein de la Croix waren wir ziemlich auf uns selbst angewiesen. Etliche Male erfreute uns Fräulein Behm durch ihr Kommen, was immer Jubel unter den Anwesenden hervorrief. Unsere Weihnachtsfeier, die sich gänzlich in Frau Gutknechts Händen befand, ist als eine wohlgelungene zu bezeichnen und brachte zu unserer Freude einen Uberschuß von 7,90 M. In der General-Versammlung im Januar ergänzte sich der Vorstand durch zwei neue Mitglieder. Zur ersten Vorsitzenden wurde Frau Geh. Rat Stolzmänn gewählt, die auch die Februar-Versammlung leitete und Mitteilungen aus dem Hauptvorstandesprotokoll machte. Frau Gutknecht berichtete aus der General-Versammlung des Gaus und Fräulein von den Brüdern erstattete den Kaiserbericht. In der März-Versammlung hielt Fräulein Erdens einen Vortrag über das Hausarbeitgesetz. Im April hatten wir die Freude, Frau Stolzmänn und Frau Gutknecht wieder auf ihrem Platz zu sehen. Erstere eröffnete die Versammlung und versprach, versuchen zu wollen, vereint mit Frau Gutknecht und mit Hilfe aller Mitglieder die Gruppe auf ihre frühere Höhe bringen zu wollen, denn auch bei uns sind viele Mitglieder infolge der Erhöhung der Beiträge ausgeschieden. Erfreulicherweise wurden am selben Abend neun neue Aufnahmen vollzogen: ein guter Anfang! Die Vorsitzende erörtere noch verschiedene Arten der Agitation, woraus sich eine lebhafte und anregende Diskussion entwickelte. Nach Besprechung des Haupt- und Gauvorstandesprotokolls machte Frau Gutknecht Mitteilung aus einer Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform, betreffend die Reichsversicherungsordnung. Frau Meyer berichtete dann vom ersten Tage der zweiten Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen, und die als Gast anwesende Frau Dr. Damm von den Verhandlungen des zweiten Tages über „den Einfluß der gewerblichen Beschäftigung auf das persönliche Leben der Frau“ und „die Frau in der Gewerbeinspektion“. Den großen Unterschied der Frauenarbeit von einst und jetzt schilderte das erste Referat. Früher besorgte die Frau nur ihre Wirtschaft, kochte, wusch und nähte das Nötigste für sich und die Kinder. Das Leben wurde teurer und die Frau wollte Geld mitverdienen. Durch die mechanische Arbeit stumpfte sie ab, und die heranwachsenden Kinder werden nicht genügend beeinflusst. Der Tochter müßte Zeit gegeben werden, Ordentliches zu lernen, um nicht, falls sie Witwe wird und für die Kinder sorgen muß, geringe und schlecht bezahlte Arbeit verrichten zu müssen. Im Grunde liegt das Los der Familie in der Hand der einzelnen Frau. Es muß ihr Gelegenheit geboten werden, etwas Ordentliches zu lernen, damit auch das persönliche Leben vertieft und bereichert werden kann. Im zweiten Referat wurde die Entwicklung der weiblichen Gewerbeinspektion in den verschiedenen Ländern behandelt. Die Sprechstunde würde so wenig benutzt, weil die Arbeiterin nicht genügend Vertrauen zur Inspektion hat und oft nicht weiß, wo eine zu finden ist. Durch Aushängen von Plakaten sollten die Stellen gekennzeichnet werden. Die Arbeit einer Gewerbeinspektorin besteht in sozialer Kleinarbeit; sie muß ihre Aufgabe mit schwerlichen Gefühlen der Arbeiterin gegenüber lösen. Lauter Beifall der Anwesenden dankte Frau Dr. Damm für ihren interessanten Bericht. Zum Schluß gedachte Frau Gutknecht des Tages, an dem vor einem Jahr unsere liebe verstorbene Vorsitzende zum letzten Male unter uns weilte, und bat die Versammelten, sich zu ihrem Gedächtnis von den Plätzen zu erheben. Mit dem Wunsche der neuen Vorsitzenden: „Gott segne alle gewerkschaftliche Arbeit!“ gingen die Teilnehmer der Versammlung recht befriedigt auseinander.

**Berlin-Süd.** In der am 5. Februar stattgefundenen Versammlung der Gruppe „Süd“ sprach die Vorsitzende, Fräulein Margarete Wolff, zunächst über unsere Eingabe zum Hausarbeitgesetz und den Entwurf des Arbeitsamtergesetzes, berührte dann die Reichsversicherungsordnung in ihrer veränderten Gestalt, die in bezug auf Invaliditäts-Berichte-

rung unsere Wünsche leider unerfüllt läßt. Um so mehr  
 mußten wir darauf bringen, daß die Heimarbeiterin sich  
 selbst versichere. Eine kurze, lebhafte Diskussion ergab weitere  
 Aufklärung. In Erwähnung der Berufszählung bemerkte die  
 Vorsitzende, daß unsere Mitgliederzahl zwar langsam, aber  
 stetig gewachsen sei. Immer neues Weiterarbeiten, sowohl  
 durch fleißiges Werben (Hausagitation), als auch mit Hilfe  
 der Presse sei erforderlich, wenn wir unsere Ziele erreichen  
 wollen. — Die im Hauptvorstand behandelte Frage: „Wie  
 steht es mit Altersheimen? Brauchen wir sie?“ erweckte leb-  
 haftes Interesse. Der nächstliegenden Aufgabe: einen Fonds  
 dafür zu gründen, wurde bereitwilligst zugestimmt. Vorschläge  
 aller Art führten zu dem Beschluß, einen Unterhaltungs-  
 abend mit Verlosung zum Besten des Fonds für Ende Juni  
 zu veranstalten. In auerkenntniswerter Weise trat Frau  
 Grüneberg für die Sache ein, und veranlaßte während der  
 Teepause eine sofortige Sammlung, die das erfreuliche Er-  
 gebnis von 13,25 M. erbrachte. Diese Summe bildet nur  
 mit der Spende der Gruppe West die Grundlage für den  
 Altersheimfonds. Für Charlottenburg und Wilmersdorf sind  
 zum Herbst neue Gruppenbildungen in Aussicht genommen.  
 Die Fortbildungskurse des Kartells im letzten Winter, die  
 mit 78 Mitgliedern begannen, haben ein wenig befriedigendes  
 Ende mit nur zehn Teilnehmern, gefunden. Nichtsdestoweniger  
 sollen sie im Herbst fortgesetzt werden, und zwar unter  
 Leitung von Frä. Dr. Jmsle. Sie umfassen die Fächer: Rechnen,  
 Rechtschreibung und Bürgerkunde. — Ueber Budow berichtet  
 Frau Wolsch, daß es schon überfüllt sei, doch steht durch  
 die „Frauenhilfe“ noch Aussicht auf Kolberg und Neuhof offen.  
 Näheres Verflingerstr. 19 a. — Vier neue Mitglieder traten  
 unserer Gruppe bei.

**Berlin-West.** Die Versammlung am 11. April war für  
 die Westgruppe ein wichtiger Tag, weil zum ersten Male die  
 neue Vorsitzende, Frau Major Böhm, die Verhandlungen  
 leitete. Mit warmen, zu Herzen gehenden Worten begrüßte  
 sie die Anwesenden. Ihr Wunsch, die „Mutier“ der Gruppe  
 zu werden, der alle Mitglieder mit Vertrauen und Liebe ent-  
 gegenkommen möchten, wird gewiß in den Herzen aller leb-  
 haften Widerhall gefunden haben. Ein besonderes Interesse  
 wendet die Berliner Westgruppe zurzeit einer Sammlung zu,  
 die zu einem Altersheim für Heimarbeiterinnen die erste  
 Grundlage schaffen soll. Mancherlei Mittel und Wege zur  
 Vermehrung des bereits vorhandenen kleinen Fonds wurden  
 vorgeschlagen. Zur Schulung ihrer Mitglieder wird Berlin-  
 West fortan kleine Vorträge durch Mitglieder in den Gruppen-  
 versammlungen halten lassen, zu denen gerade die im Neben-  
 ungeübten herangezogen werden sollen. So hat unsere Gruppe  
 unter der neuen Leitung gleich energisch allerhand Aufgaben  
 in Angriff genommen — ein guter Anfang, der da hoffen  
 läßt, daß die Gruppe, die jahrelang unter Fräulein Behms  
 persönlicher Leitung stehen durfte, auch in Zukunft gedeihen  
 wird.

**Danzig.** Mit dem einschneidenden Wechsel der Vorsitzenden  
 begann für unsere Gruppe das Jahr 1909. An Stelle von  
 Frau von Leebur, die sich mit großer Liebe und Opfer-  
 willigkeit in den Dienst des Gewerksverein gestellt hatte, über-  
 nahm Frau Hauptmann Schrewe den oft recht schwierigen  
 Posten. Sonstiger Wechsel unter den Vorstandsmitgliedern,  
 wichtige neue Einrichtungen machten dem gesamten Vorstande  
 die Arbeit zu einer keineswegs leichten. Mit Frau Schrewe  
 zusammen trat Frä. von Gohler als Beisitzerin dem Vor-  
 stande bei, der leider im Laufe des Jahres noch mehrmaligen  
 Wechsel zu überwinden hatte. So schieben die Beisitzerin  
 Frä. Schulz und die erste Schriftführerin, Frä. Duhrow, aus,  
 doch hatten wir die Freude, beide Damen als außerordent-  
 liche Mitglieder des Vereins zu behalten. Die Monatsversam-  
 mlungen fanden regelmäßig statt, und waren meist gut besucht.  
 Vorträge wurden in acht Versammlungen gehalten, und zwar  
 im Februar von Herrn Oberlehrer Apekt über: „Schwe-  
 dische Reise-Eindrücke“, im März von Herrn Prof. Dr. Pe-  
 tersen über: „Infektionskrankheiten“, im Mai von Herrn  
 Kartell-Vorsitzenden Deuster über: „Ziele des christlichen  
 Gewerkschaftskartells“, im Juni gleichfalls von Herrn  
 Deuster über: „Versicherungs-Gesetzgebung“, im Juli von  
 Herrn Pastor Schaffen über: „Neue Wege in der Fürsorge  
 für Krüppelkinder“, im August von Herrn Arbeitersekretär  
 Klawitter über: „Krankentassen“, im September von Herrn  
 Gewerkschaftssekretär Müller über: „Gewerbegerichte“, im  
 November von Herrn Landesrat Klaus über: „Invaliden-  
 und Renten-Versicherung“. Mit großer Freude können wir  
 am Ende des Jahres auf die neuen Einrichtungen der Gruppe  
 blicken. Der Garnverkauf wurde durch einen neuen Abschluß  
 mit einer hiesigen Firma geregelt, und bietet den Mitgliedern

bei regelmäßigem Bezug manche Ersparnis. Bereitwillig fan-  
 den sich auch Mitglieder, die die Mühe des Verkaufs auf  
 sich nahmen. Mit der Firma Willens u. Söhne, der Vertreterin  
 der Pfaff-Nähmaschine, wurde ein sehr günstiger Vertrag ab-  
 geschlossen, und ebenso der billige Einkauf von Kohlen den  
 Mitgliedern aufs neue vermittelt. Am 1. Oktober wurde  
 ferner zur Aus- und Weiterbildung der Mitglieder im Hause  
 Hundegasse 87 eine Näh- und Lehrstube eingerichtet. Die Lei-  
 tung übernahm Frau Wolsch. Der Vorstand hofft und wünscht,  
 daß gerade diese Einrichtung nach manchen Schwierigkeiten  
 im ersten Vierteljahr des Bestehens sich mit der Zeit zu  
 einem Mittelpunkt der Vereinsarbeit ausgestalten und vielen  
 durch gründliche Ausbildung zum Vorteil gereichen möge!  
 Auf eine Bitte des Vorstandes schenkte Ihre Majestät die  
 Kaiserin der Lehrstube als Weihnachtsgeschenk eine Näh-  
 maschine, die von der hiesigen Firma Willens geliefert wurde.  
 An die Lehrstube soll sich nun ein reger Arbeits-Nachweis an-  
 schließen. Sprechstunden werden an jedem Dienstag und Frei-  
 tag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 12—1 Uhr in  
 der Nähstube abgehalten. Durch Vermittlung eines außerordent-  
 lichen Mitgliedes waren wir in der Lage, sieben Mitglieder  
 zur Erholung von anstrengender Arbeit aufs Land schicken  
 zu können. Außerdem konnten drei Kinder mit ihrer Mutter  
 zusammen und je ein Knabe aus zwei anderen Familien  
 durch unsere Vermittlung einen Aufenthalt auf dem Lande  
 genießen. Alle haben sich in ihrer Sommerfrische außerordent-  
 lich wohlgefühlt, dort gute Pflege und herzliches Entgegen-  
 kommen erfahren, so daß sie an Leib und Seele erfrischt  
 zu ihrer Arbeit zurückkehren konnten. Die wohlgelungene  
 Weihnachtsfeier am 29. Dezember bildete den Schluß des  
 alten Jahres. Das neue Jahr hat uns bereits einen schönen  
 Erfolg gebracht: Die Einbeziehung aller Danziger Haus-  
 gewerbetreibenden in die Ortskrankentasse, die durch ein am  
 1. April in Kraft tretendes neues Ortsstatut geregelt wird.  
 Den Bemühungen und Eingaben unserer Gruppe, die Kranken-  
 versicherungspflicht auch für die Heimarbeiterinnen zu erlangen,  
 ist es wesentlich zu danken, daß der Magistrat diese gerechten  
 Forderungen der Heimarbeiterinnen anerkannte und die segens-  
 reiche Einführung der Krankenversicherungspflicht beschloß. Bei  
 einem so guten Anfange dürfen wir hoffen, daß unsere Ar-  
 beit bei dem treuen Zusammenwirken von außerordentlichen  
 und ordentlichen Mitgliedern weitergedeihen wird zum Besten  
 der hiesigen Heimarbeiterinnen!

**M. Glaback.** Unsere Aprilversammlung bot den Mit-  
 gliedern einen klaren und lehrreichen Vortrag über das  
 Steuerwesen, dem die Anwesenden mit gespanntester Auf-  
 merksamkeit folgten. An praktischen Beispielen erläuterte der  
 Redner, Herr Volksbureauvorsteher Dietel, die Notwendigkeit  
 des Steuerzahlens, die Art, wie die Steuern aufgebracht wer-  
 den, und die Möglichkeiten des Einspruchs gegen unbedingtes  
 oder zu hohes Heranziehen zur Steuer. Es wurde ange-  
 regt, in der nächsten Versammlung dasselbe Thema noch-  
 mals zu behandeln, und dazu die Männer miteinzuladen.

**Halle a. S.** In den Aprilversammlungen standen im  
 Mittelpunkt der Besprechungen unsere Wäscheaufträge. Die  
 Sekretärin teilte mit, daß die erste Lieferung für das hiesige  
 Krankenhaus „Bergmannsrost“ dort bereits in Empfang ge-  
 nommen sei. Die Arbeit an der zweiten Lieferung für ein  
 neues Krankenhaus in Schkeuditz schreite rüstig voran und  
 neue Aufträge kämen in Aussicht. Etwasige Gewinne, welche  
 diese Unternehmungen bringen könnten, sollen als Grundkapital  
 zur Ausführung weiterer Submissionsarbeiten angelegt wer-  
 den. Ein Lehrkursus für einfache Schneider wird demnächst  
 beginnen. In der Nordversammlung hielt der Vorsitzende unseres  
 Ortskartells, Herr Wagner, einen interessanten Vortrag über  
 die „gelben Gewerkschaften“. Zuerst wurde die Entstehung die-  
 ses Namens erklärt. Bei einem Bergarbeiterstreik in Frank-  
 reich vor einigen Jahren sei es den Unternehmern nach langem  
 Ausstände endlich gelungen, eine Anzahl von Arbeitswilligen  
 zu sammeln. Während letztere sich in ihrem Bureau be-  
 fanden, hätten ihnen einige der Streikenden die Fenster-  
 scheiben eingeworfen. Die Arbeitswilligen halfen sich  
 dadurch, daß sie die Fensteröffnungen mit gelbem  
 Papier verklebten. So sei der Name „Gelbe Gewerkschaften“  
 entstanden. Diese würden jedoch von anderen Berufsorgani-  
 sationen nicht anerkannt, weil sie von den Unternehmern unter-  
 stützt würden und darum abhängig seien. Durch diese Ab-  
 hängigkeit gäbe der Arbeiter keine Koalitionsfreiheit auf.  
 In der Südrunde sprach Herr Pastor Kühner in höchst fesselnder  
 Weise über den „Alkoholismus“. An erschütternden Bei-  
 spielen zeigte der Referent, welche Gefahr der Mißbrauch  
 des Alkohols gesundheitlich, wirtschaftlich und moralisch für  
 unser Volk bedeutet. Am Schluß sprach er über die Rettungs-

arbeit, die der Mantelverein auf diesem Gebiete leistet, und wies auf die hiesige „Auskunfts- und Fürsorgestelle für Alkoholranke“ hin. Der lehrreiche Vortrag wurde mit lebhafter Teilnahme entgegengenommen. In unseren Mai-versemmlungen soll das Hausarbeitgesetz auf der Tagesordnung stehen. Mehrere ordentliche Mitglieder werden über die verschiedenen Punkte dieses Gesetzes kleine Referate halten, und wir hoffen auf eine sich daran anschließende rege Diskussion.

**Hamburg-Stadt.** Die Versammlung am 11. April war von 43 Mitgliedern besucht. Die Vorsitzende verlas und erläuterte das Hauptvorstandsprotokoll. Dann sprach die Sekretärin, Fräulein Kenden, über den Wert der Maschinen und ihrer Erzeugnisse für den Arbeiterstand. Sie führte etwa folgendes aus: Die Erfindung und Vervollkommnung von Maschinen mannigfacher Art bedeutet nicht nur einen großen allgemeinen Kulturfortschritt, sondern hat auch hebend und bessernd auf die Lebensführung des einzelnen gewirkt. Viele nützliche Gegenstände, die früher, mit der Hand hergestellt, sehr kostspielig waren, werden jetzt durch die Massenproduktion der Maschinen so billig, daß sie auch dem Arbeiterstand erreichbar geworden sind. Die marxistische Anschauung und Prophezeiung, daß die Maschine die Arbeit des einzelnen wertlos machen würde, und zu einer allgemeinen Arbeitslosigkeit und Verelendung führen müsse, hat sich als durchaus irrig erwiesen. Im Gegenteil ist aus dem großen technischen Aufschwung ein ungeheurer Aufschwung der Industrie hervorgegangen, und viele Tausende haben dadurch lohnenden Erwerb gefunden. In den Großbetrieben kamen Arbeiter in großer Zahl zusammen, und bei gemeinsamer Arbeit haben sie Mut und Gelegenheit gefunden, sich zusammenzuschließen, sich zu organisieren. Den gewaltigen Arbeiterorganisationen verdanken wir aber wesentlich mit die Arbeiterschutzgesetze und die Arbeiterversicherung. Alle diese Einrichtungen wären sicher noch nicht so weit entwickelt, wenn nicht die großen Organisationen daran mitgearbeitet hätten. So können wir auch diese wichtigen Einrichtungen als eine indirekte Folge des Siegeslaufs der Maschine betrachten. Die Vorsitzende betonte, an diese Ausführungen anschließend, noch einmal die Wichtigkeit der Organisation auch für die Heimarbeiterin und forderte alle Anwesenden zu festem Zusammenhalten und zum Werben neuer Mitglieder auf. Den Schluß des Abends bildete eine Uebung im Verbinden, Umschlagemachen usw., die die Oberschwester Pälßen, als Ergänzung ihrer theoretischen Ausführungen vom März, leitete.

### Heimarbeiterinnenwunsch.

Gottlob, daß der Winter zu Ende ist, daß die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung das schmale Haushaltungsbudget nicht mehr belasten. Leider hat der Winter mit seiner nicht immer einwandfreien Zimmerluft, die Duschation mit ihrem Hezen und Fagen die ohnehin schwache Kraft völlig aufgebraucht. Einmal für wenige Wochen ausspannen können, einmal ausruhen und die Sorgen und Mühen des täglichen Lebens, wenn auch für noch so kurze Zeit, vergessen können, senkt so manche bleiche Näherin.

Mit recht sehnsüchtigen Gefühlen lesen viele Mitglieder in der „Heimarbeiterin“, wie in Sudow und Bernigerode, in Kolberg und Neuhof, die Heimarbeiterinnen Mittel- und Norddeutschlands gegen geringes Entgelt Aufnahme finden können. Und in der nordöstlichen Ecke unseres Vaterlandes haben sich die waderen Königsberger in Cassau zum Teil aus eigener Kraft ein Erholungsheim geschaffen! Ist das denn möglich? Könnte ähnliches nicht auch im westlichen und südlichen Deutschland eingerichtet werden? Etwas in einem freundlichen Dörfchen am Rhein, abseits von der großen Heerstraße? Wie schön das wäre!

Wie es möglich ist, daß mit verhältnismäßig geringen Mitteln ein solches Heim geschaffen und unterhalten wird, darüber gibt eine kleine Schrift Auskunft, die die Geschichte Cassaus erzählt. Sie ist für 20 Pf. von der Hauptgeschäftsstelle zu beziehen.

### Versammlungsanzeiger.

- Nachn.** 9. Mai, 13. Juni, 8 1/2 Uhr, Peterstr. 45.  
**Sennerbad Groß-Berlin.** 24. Mai, 8 Uhr, Große Hamburger Straße 28, Diskussionsabend.  
**Berlin-Nachh.** 2. Mai, 8. Juni, 1/28 Uhr, Wilsnader Straße 63.  
**Berlin-Nord.** 9. Mai, 13. Juni, 1/28 Uhr, Bernauer Str. 4.

- Berlin-Nordost.** 3. Mai, 7. Juni, 1/28 Uhr, Schönhauser Allee 177, Quergeb. II.  
**Berlin-Ost.** 2. Mai, 6. Juni, 1/28 Uhr, Gr. Frankfurter Str. 11, Hof I.  
**Berlin-Süd.** 3. Mai, 7. Juni, 1/28 Uhr, Johannistisch 6, gr. Saal.  
**Berlin-Südost.** 17. Mai, 21. Juni, 8 Uhr, Lausitzer Str. 9, Stfl. r. I.  
**Berlin-Wedding.** 23. Mai, 20. Juni, 8 Uhr, Alte Nazarethkirche, Schulstraße.  
**Berlin-West.** 9. Mai, 13. Juni, 8 Uhr, Rosendorferstr. 41, G. pt.  
**Bielefeld.** 1. Mai, 5. Juni, 5 Uhr, im alten Rathausaal am alten Markt.  
**Düsseldorf-Nord.** 2. Mai, 6. Juni, 1/28 Uhr, Bastiegasse 7.  
**Breslau-Süd.** 4. Mai, 1. Juni, 1/28 Uhr, Holsteistr. 6—8.  
**Bromberg.** 9. Mai, 13. Juni, Neue Volkshalle am Hann-von-Wehbern-Platz.  
**Danzig.** 9. Mai, 13. Juni, 8 1/2 Uhr, Westpr. Gewerbehalle.  
**Darmstadt.** 6. Mai, 3. Juni, 8 Uhr, Stiftstr. 47.  
**Dirschau.** 13. Mai, 10. Juni, 8 Uhr, Vereinshaus, Samborstr.  
**Dresden-Mittstadt.** 17. Mai, 21. Juni, 1/28 Uhr, Am See 3, pt.  
**Dresden-Neustadt.** 3. Mai, 7. Juni, 1/28 Uhr, Glasstr. 3.  
**Düsseldorf-Ost.** 4. Mai, 1. Juni, 8 Uhr, Paulushaus, Eing. Jahnstr. 11.  
**Erlang.** 2. Mai, 6. Juni, 8 Uhr, Erholungsheim.  
**Essen.** 25. Mai, 30. Juni, 8 Uhr, Alfreudshaus.  
**Frankfurt a. M.** 4. Mai, 1. Juni, 8 Uhr, Bleichstr. 40.  
**Frankfurt a. O.** 23. Mai, 20. Juni, 1/28 Uhr, Logenstr. 6a.  
**Friedrichshagen.** 17. Mai, 21. Juni, 8 Uhr, Diakonissenhaus.  
**H.-Glabach.** 5. Mai, 2. Juni, 8 Uhr, Dahlemer Str., Gesellenhaus.  
**Halle-Nord.** 4. Mai, 1. Juni, 1/28 Uhr, Albrechtstr. 27.  
**Halle-Süd.** 9. Mai, 13. Juni, 1/28 Uhr, Mauerstr. 7, Herberge zur Heimat.  
**Hamburg.** 9. Mai, 13. Juni, 8 Uhr, WDC-Str. 57, I.  
**Hamburg-Hammerbrook.** 2. Mai, 6. Juni, 8 Uhr, Hammerbrookstr. 66, I.  
**Hamburg-Winterhude.** 10. Mai, 14. Juni, 8 Uhr, Eisenheim, Hofmoortweg 31.  
**Hannover.** 2. Mai, 6. Juni, 8 Uhr, Burgstr. 30, Arbeiterverein.  
**Kassel.** 12. Mai, 9. Juni, 8 Uhr, Altes Rathaus, Obere Karlstr. 12.  
**Köln.** 9. Mai, 13. Juni, 8 Uhr, Marzellenstr. 13, Aula.  
**Königsberg i. Pr.** 23. Mai, 20. Juni, 8 Uhr, Vorder-Rohgarten 49.  
**Leipzig.** 2. Mai, 6. Juni, 1/28 Uhr, Kofstr., Vereinshaus.  
**Magdeburg.** 12. Mai, 9. Juni, 8 Uhr, Richards Festhalle, Apfelstr.  
**Marlenburg.** 3. Mai, 7. Juni, 8 Uhr, Vereinshaus.  
**München.** 22. Mai, 19. Juni, 1/24 Uhr, Kofotoaal des Saderbräu, Sendlinger Straße 75, I.  
**Meiße.** 5. Mai, 2. Juni, 8 Uhr, Rath. Vereinshaus.  
**Neuenhagen.** 9. Mai, 13. Juni, 7 Uhr, bei Reimann, Schweizerhaus.  
**Neuß.** 12. Mai, 9. Juni, 8 Uhr, Sammtorwallstr. 27, Gesellenhaus.  
**Niederkrüchten.** 22. Mai, 19. Juni, 4 Uhr, Hotel Vog.  
**Nordhausen.** 4. Mai, 1. Juni, 8 1/2 Uhr, Riesenhaus am Lutherplatz.  
**Pantow.** 4. Mai, 1. Juni, 8 Uhr, Kaiser-Friedrich-Str., Gewerkschaftshaus.  
**Posen.** 23. Mai, 20. Juni, 1/28 Uhr, Vereinshaus vor dem Berliner Tor.  
**Rheydt.** 4. Mai, 1. Juni, 8 Uhr, Obentirchener Straße bei Paffen.  
**Rigsdorf.** 23. Mai, 27. Juni, 1/28 Uhr, Bergstraße 147, Bürgerhalle.  
**Rummelsburg.** 23. Mai, 20. Juni, 8 Uhr, Kanfstraße 19 bei Schüller.  
**Settin.** 2. Mai, 6. Juni, 8 Uhr, Elisabethstr. 53.  
**Solp.** 9. Mai, 13. Juni, 8 Uhr, Aula der Hb. Töchter Schule.  
**Stuttgart.** 4. Mai, 1. Juni, 1/28 Uhr, Hobe Str. 11.  
**Twistringen.** 1. Mai, 5. Juni, 4 Uhr, Gesellenhaus.  
**Zingst.** 12. Mai, 8 Uhr, Buchheimer Straße 5, Vereinszimmer.  
**Weihensee.** 9. Mai, 13. Juni, 8 Uhr, Gemeindehaus am Kirchplatz.  
**Wiesbaden.** 8. Mai, 12. Juni, 8 Uhr, Drantienstr. 53.

Auch diesmal hat der Gewerbeverein den Heimgang zweier Mitglieder zu beklagen!

In Gruppe Düsseldorf starb am 20. Februar 1910 nach langem Leiden unser liebes Mitglied

**Frau Adele Rndrgen,**

geb. Kraus,

geboren am 10. Juni 1871 in Düsseldorf.

In Gruppe Königsberg i. Pr. starb am 20. März 1910 an Unterleibskrebs unser liebes Mitglied

**Frau Luise Börschte,**

geb. Braszelt,

geboren am 8. Oktober 1848 in Wehlau.